

# Inhaltsübersicht

	Seite
Vorwort zur 3. Auflage .....	5
Inhaltsverzeichnis .....	13
Abkürzungsverzeichnis .....	33
1 Versorgungszusage .....	37
2 Durchführungswege der betrieblichen Altersversorgung .....	69
3 Gesetzliche Unverfallbarkeit einer betrieblichen Versorgungsanwartschaft .....	115
4 Abfindung von Versorgungsrechten .....	131
5 Übertragung von Versorgungsrechten .....	143
6 Vorgezogene Altersrente .....	163
7 Anpassung von laufenden Rentenleistungen .....	177
8 Gesetzlicher Insolvenzschutz von Betriebsrenten .....	199
9 Entgeltumwandlung .....	215
10 Abänderung von Versorgungsregelungen .....	241
11 Die betriebliche Altersversorgung bei Unternehmensveräußerungen .....	261
12 Contractual Trust Arrangement im Rahmen der betrieblichen Altersversorgung .....	279
13 Betriebsrenten im Versorgungsausgleich .....	301
Anhang .....	347
Literaturverzeichnis .....	411
Stichwortverzeichnis .....	419

# Inhaltsverzeichnis

	Seite
Vorwort zur 3. Auflage .....	5
Vorwort zur 2. Auflage .....	7
Vorwort zur 1. Auflage .....	9
Inhaltsübersicht .....	11
Abkürzungsverzeichnis .....	33
<b>1 Versorgungszusage .....</b>	<b>37</b>
1.1 Arbeitsrechtliches Grundverhältnis .....	37
1.1.1 Persönlicher Geltungsbereich, Arbeitnehmer- begriff .....	37
1.1.2 Sachlicher Anwendungsbereich .....	40
1.1.3 Zeitlicher Anwendungsbereich .....	41
1.2 Rechtsbegründungsakte .....	42
1.2.1 Individualrechtliche Rechtsgrundlage .....	42
1.2.2 Kollektivrechtliche Begründungsakte .....	43
1.2.2.1 Betriebsvereinbarung .....	44
1.2.2.2 Richtlinien und Vereinbarungen nach Sprecherausschussgesetz .....	44
1.2.2.3 Tarifvertrag .....	44
1.3 Mitbestimmung des Betriebsrates .....	45
1.3.1 Umfang und Grenzen des Mitbestimmungsrechts ..	45
1.3.2 Differenzierung des Mitbestimmungsrechtes nach Durchführungswegen .....	47
1.3.3 Unterschiedliche Ausübung des Mitbestim- mungsrechts bei externen Versorgungsträgern .....	47
1.4 Zugesysteme .....	48
1.4.1 Leistungszusage .....	48
1.4.2 Beitragsorientierte Leistungszusage .....	50
1.4.2.1 Autonome Umrechnung .....	53
1.4.2.2 Kapitalmarktorientierte Umrechnung .....	54
1.4.3 Beitragszusage mit Mindestleistung .....	55

	Seite
1.5 Weitere Gestaltungselemente eines Versorgungswerkes . . . . .	57
1.5.1 Allgemeine Leistungsvoraussetzungen . . . . .	57
1.5.2 Besondere Leistungsvoraussetzungen . . . . .	58
1.5.2.1 Feste Altersgrenze. . . . .	58
1.5.2.2 Bezug der vollen vorzeitigen Altersrente aus der gesetzlichen Rentenversicherung. . . . .	59
1.5.2.3 Begriff der Erwerbsminderung. . . . .	59
1.5.2.4 Hinterbliebenenbegriff. . . . .	60
1.5.2.4.1 Der „klassische“ Hinterbliebenenbegriff. . . . .	60
1.5.2.4.2 Lebenspartner als Hinterbliebene . . . . .	60
1.5.2.5 Sonstige Risikobegrenzungsklauseln. . . . .	61
1.5.3 Bemessungsgrößen . . . . .	62
1.5.4 Kapital- oder Rentenzahlung, Auszahlungsplan. . . . .	64
1.6 Gleichbehandlungsgebot . . . . .	65
1.6.1 Europäisches Recht. . . . .	65
1.6.2 Deutsches Gleichbehandlungsrecht. . . . .	66
1.6.3 Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz . . . . .	67
<b>2 Durchführungswege der betrieblichen Altersversorgung . . . . .</b>	<b>69</b>
2.1 Allgemeines. . . . .	69
2.2 Versorgungsverhältnis in den Durchführungswegen. . . . .	70
2.2.1 Direktzusage . . . . .	70
2.2.2 Unterstützungskasse. . . . .	70
2.2.3 Pensionskasse . . . . .	72
2.2.4 Direktversicherung . . . . .	74
2.2.5 Pensionsfonds . . . . .	75
2.3 Steuerrecht der Durchführungswege . . . . .	77
2.3.1 Charakteristika der betrieblichen Altersversorgung. . . . .	77
2.3.1.1 Absicherung eines biologischen Risikos . . . . .	77
2.3.1.2 Zum Hinterbliebenenbegriff der betrieblichen Altersversorgung. . . . .	78
2.3.1.3 Keine betriebliche Altersversorgung bei Vererblichkeit der Anwartschaften . . . . .	79

	Seite
2.3.2 Direktzusage .....	79
2.3.2.1 Bildung von Pensionsrückstellungen beim Arbeitgeber .....	80
2.3.2.2 Steuerliche Situation des Versorgungsberechtigten ..	83
2.3.3 Unterstützungskasse.....	84
2.3.3.1 Zuwendungen des Arbeitgebers an die Unterstützungskasse.....	84
2.3.3.2 Einkommensteuerliches Umfeld .....	87
2.3.4 Steuerrecht der versicherungsförmigen Durchführungswege Pensionskasse, Direktversicherung und Pensionsfonds.....	87
2.3.4.1 Beiträge an versicherungsförmige Durchführungswege .....	87
2.3.4.1.1 Beiträge gemäß § 3 Nr. 63 EStG .....	87
2.3.4.1.2 Beiträge gemäß §§ 40b und 3 Nr. 56 EStG für den Aufbau einer nicht kapitalgedeckten Altersversorgung.....	89
2.3.4.1.3 Übergangsregelungen für vor dem 1. 1. 2005 erteilte Versorgungszusagen.....	90
2.3.4.2 Leistungen aus den versicherungsförmigen Durchführungswegen .....	92
2.3.4.2.1 Besteuerung von Rentenleistungen .....	92
2.3.4.2.2 Kapitaleleistungen.....	93
2.3.4.3 Betriebsausgabenabzug beim Arbeitgeber.....	97
2.3.4.3.1 Pensionskasse .....	97
2.3.4.3.2 Direktversicherung .....	97
2.3.4.3.3 Pensionsfonds .....	97
2.3.4.4 Steuerliche Behandlung von Eigenbeiträgen des Arbeitnehmers und der hieraus resultierenden Leistungen .....	97
2.4 Durchführungswege im Rahmen der Sozialversicherung .....	98
2.4.1 Anwartschaftsphase .....	99
2.4.1.1 Direktzusage und Unterstützungskasse .....	99
2.4.1.2 Versicherungsförmige Durchführungswege Pensionskasse, Direktversicherung und Pensionsfonds .....	100

	Seite
2.4.1.2.1 Sozialversicherungsfreiheit für Beiträge des Arbeitgebers .....	100
2.4.1.2.2 Sozialversicherungspflicht für Beiträge des Arbeitgebers .....	100
2.4.1.2.3 Übergangsregelungen für Versorgungszusagen, die vor dem 1. 1. 2005 erteilt wurden .....	100
2.4.2 Leistungsbezugsphase .....	102
2.4.2.1 Beitragsbemessung bei laufenden Leistungen .....	103
2.4.2.1.1 Gesetzliche Krankenversicherung .....	103
2.4.2.1.2 Soziale Pflegeversicherung .....	105
2.4.2.2 Beitragsbemessung bei Kapitalleistungen .....	105
2.4.2.2.1 Rechtslage bis 31. 12. 2003 .....	105
2.4.2.2.2 Rechtslage seit 1. 1. 2004 .....	106
2.5 Wechsel des Durchführungsweges .....	108
2.5.1 Mitbestimmung des Betriebsrats .....	108
2.5.2 Zustimmung des Arbeitnehmers .....	108
2.5.2.1 Wechsel innerhalb eines nicht versicherungsförmigen Durchführungsweges .....	109
2.5.2.2 Wechsel des Durchführungsweges innerhalb der versicherungsförmigen Durchführungswege ...	109
2.5.2.3 Wechsel von nicht versicherungsförmigem zu versicherungsförmigem Durchführungsweg .....	110
2.5.2.3.1 Wechsel zu einer Direktversicherung oder Pensionskasse .....	110
2.5.2.3.2 Sonderfall des Wechsels zum Pensionsfonds .....	111
2.5.2.4 Wechsel von einem versicherungsförmigen Durchführungsweg zu einem nicht versicherungsförmigen Durchführungsweg .....	113
<b>3 Gesetzliche Unverfallbarkeit einer betrieblichen Versorgungsanwartschaft .....</b>	<b>115</b>
3.1 Verwirklichung der Unverfallbarkeitsvoraussetzungen .....	115
3.1.1 Versorgungszusagen mit Erteilungsdatum ab dem 1. 1. 2001 .....	115
3.1.2 Versorgungszusagen mit Erteilungsdatum vor dem 1. 1. 2001 .....	116
3.1.3 Vorgesetzliche, richterrechtliche Unverfallbarkeit ..	117

	Seite
3.1.4 Versorgungszusagen aus Entgeltumwandlung . . . . .	118
3.1.5 Versorgungszusagen aus sogenannten umfassten Arbeitnehmer-Eigenbeiträgen . . . . .	118
3.1.6 Vertragliche Unverfallbarkeit . . . . .	118
3.2 Erteilungszeitpunkt einer Versorgungszusage . . . . .	119
3.3 Abgrenzung einer Alt- von einer Neuzusage . . . . .	120
3.4 Änderungen einer Versorgungszusage . . . . .	122
3.5 Anrechnung von Vordienstzeiten auf Unverfallbarkeitsfristen/Vorschaltzeiten . . . . .	122
3.6 Die Ermittlung der Höhe einer gesetzlich unverfallbaren Versorgungsanwartschaft . . . . .	124
3.6.1 Die zeiträtierliche Berechnung mit Veränderungssperre . . . . .	124
3.6.2 Ersatzverfahren: Versicherungsvertragliche Lösung als Alternative bei Direktversicherung oder Pensionskasse . . . . .	126
3.6.3 Berechnung der erreichten Anwartschaft bei beitragsorientierter Leistungszusage und Entgeltumwandlung . . . . .	127
3.6.4 Höhe der unverfallbaren Versorgungsanwartschaft bei einer Beitragszusage mit Mindestleistung . . . . .	128
3.7 Information über die unverfallbare Anwartschaft . . . . .	130
<b>4 Abfindung von Versorgungsrechten . . . . .</b>	<b>131</b>
4.1 Frühere Rechtslage . . . . .	131
4.2 Änderung der Abfindungsregelung durch das Alterseinkünftegesetz . . . . .	133
4.2.1 Die Neuregelung des § 3 Abs. 2 BetrAVG . . . . .	133
4.2.2 Erstattung der Beiträge aus der gesetzlichen Rentenversicherung/Abfindung in der Insolvenz . . . . .	134
4.2.3 Abfindungsbetrag . . . . .	135
4.3 Abfindungsrechte des PSVaG . . . . .	135

4.4	Abfindungszahlung entgegen den Grundsätzen des § 3 BetrAVG .....	136
4.5	Besteuerung der Abfindung. ....	136
4.5.1	Grundsatz .....	136
4.5.2	Keine Anwendung von steuerlichen Freibeträgen ..	138
4.5.3	Anwendung von § 34 EStG – Fünftelungsregelung ..	138
4.6	Sozialversicherungsrechtliche Behandlung von Abfindungen ..	139
4.6.1	Abfindung von Anwartschaften. ....	139
4.6.2	Abfindung laufender Leistungen .....	140
5	<b>Übertragung von Versorgungsrechten</b> .....	143
5.1	Allgemeines. ....	143
5.2	Normzweck und Anwendungsbereich des § 4 BetrAVG .....	143
5.2.1	Schutz des PSVaG und des Versorgungsberechtigten .....	143
5.2.2	Übernahmeberechtigte Versorgungsträger .....	144
5.3	Erweiterung der Übertragungsmöglichkeiten zum 1. 1. 2005 ..	145
5.4	Einvernehmliche Übertragung .....	146
5.4.1	Übernahme der bestehenden Versorgungszusage ..	146
5.4.2	Übernahme auf Grundlage des Übertragungswertes .....	146
5.4.2.1	Erteilung einer wertgleichen Zusage .....	146
5.4.2.2	Geltung der Vorschriften zur Entgeltumwandlung ..	147
5.5	Einseitiges Übertragungsrecht des Arbeitnehmers .....	148
5.5.1	Geltung für ab dem 1. 1. 2005 erteilte Versorgungszusagen .....	148
5.5.2	Anspruchsadressaten. ....	149
5.5.3	Begrenzung des Anspruchs durch Beitrags- bemessungsgrenze in der allgemeinen Rentenversicherung .....	150
5.6	Ermittlung des Übertragungswertes .....	150
5.6.1	Übertragungswert bei Direktzusagen und Unterstützungskassen .....	150

5.6.2	Übertragungswert bei Pensionskassen, Direktversicherungen und Pensionsfonds. ....	151
5.7	Übertragungsmöglichkeit bei Entgeltumwandlung. ....	152
5.7.1	Übertragungsanspruch nach früherer Rechtslage. . .	152
5.7.2	Kein gesonderter Übertragungsanspruch für Entgeltumwandlung nach neuem Recht . . . . .	152
5.8	Übertragung von Anwartschaften bei Einstellung der Betriebstätigkeit und Liquidation. ....	153
5.9	Auskunftsanspruch. ....	154
5.9.1	Erweiterung des bisherigen Informations- anspruchs. ....	154
5.9.2	Auskunftspflichten des neuen Arbeitgebers. ....	155
5.9.3	Keine eigenständige Anspruchsgrundlage. ....	156
5.10	Steuerliche Flankierung der Übertragung von Versorgungsrechten . . . . .	156
5.10.1	§ 3 Nr. 55 EStG bei der Übertragung von Versorgungsrechten. ....	156
5.10.1.1	Steuerliche Behandlung der Fallgestaltungen des § 3 Nr. 55 EStG. ....	157
5.10.1.2	Von § 3 Nr. 55 EStG nicht erfasste Fälle der Übertragung . . . . .	158
5.10.1.2.1	Übertragung von einer Direktzusage/Unter- stützungskasse auf einen versicherungsförmigen Versorgungsträger . . . . .	158
5.10.1.2.2	Übertragung von einem versicherungsförmigen Durchführungsweg auf eine Direktzusage/ Unterstützungskasse. ....	159
5.10.1.2.3	Übertragung in Form einer Übernahme der Versorgungszusage . . . . .	160
5.10.2	Steuerliche Förderung einer Liquidations- übertragung durch § 3 Nr. 65 EStG. ....	161
5.11	Sozialversicherungsrechtliche Behandlung der Übertragung ..	161
6	<b>Vorgezogene Altersrente</b> . . . . .	163
6.1	Gesetzliche Regelung des § 6 BetrAVG . . . . .	163



	Seite
6.1.1 Allgemeines .....	163
6.1.2 Leistungsvoraussetzungen .....	163
6.1.3 Wegfall der gesetzlichen Rente. ....	165
6.1.4 Informationspflicht des Arbeitnehmers .....	166
6.2 Ermittlung der Höhe einer vorgezogenen Altersrente .....	166
6.2.1 Ermittlung in Abhängigkeit vom Leistungsplan. ....	167
6.2.2 Anwendung versicherungsmathematischer Abschläge. ....	167
6.2.3 Anwendung eines untechnischen versicherungs- mathematischen Abschlags. ....	168
6.3 Ermittlung der Höhe einer vorzeitigen Altersrente aus unverfallbarer Versorgungsanwartschaft. ....	169
6.3.1 Früheres praxisübliches Vorgehen .....	169
6.3.2 Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichts .....	171
6.3.3 Kritikpunkte zur Rechtsprechung. ....	172
6.3.4 Fortentwicklung der Rechtsprechung. ....	173
6.3.5 Sonstige Aspekte der Rechtsprechung zur vorgezogenen Altersrente aus einer unverfall- baren Versorgungsanwartschaft .....	175
<b>7 Anpassung von laufenden Rentenleistungen .....</b>	<b>177</b>
7.1 Die Anpassungsverpflichtung im Grundsatz .....	177
7.1.1 Schuldner der Anpassungsverpflichtung. ....	177
7.1.1.1 Arbeitgeber .....	177
7.1.1.2 Keine Verpflichtung externer Versorgungsträger ...	178
7.1.2 Anpassungsberechtigte .....	178
7.1.3 Rechtsstellung des PSVaG .....	179
7.2 Abgrenzung der anzupassenden Leistungen .....	179
7.3 Prüfungszeitpunkt und Prüfungszeitraum .....	180
7.4 Ermittlung des Anpassungsbedarfs. ....	182
7.4.1 Teuerungsausgleich .....	182
7.4.2 Nettolohnbezogene Obergrenze. ....	183
7.4.3 Wirtschaftliche Lage des Arbeitgebers .....	184

	Seite
7.4.3.1	Prognose der zukünftigen wirtschaftlichen Lage ... 185
7.4.3.2	Beurteilungskriterien bei der Prüfung der wirtschaftlichen Lage ..... 185
7.4.3.3	Sonderfall: Wirtschaftliche Lage des Konzerns – Berechnungsdurchgriff ..... 186
7.4.4	Ermessensentscheidung des Arbeitgebers ..... 188
7.5	Nachholende und nachträgliche Anpassung ..... 188
7.5.1	Nachholende Anpassung ..... 188
7.5.1.1	Betrachtungszeiträume bis 31. 12. 1998 ..... 189
7.5.1.2	Betrachtungszeiträume ab 1. 1. 1999 ..... 189
7.5.2	Nachträgliche Anpassung ..... 190
7.5.2.1	Zu Unrecht unterbliebene Anpassung ..... 191
7.5.2.2	Ausübung des Rückrechts ..... 191
7.6	Ausschluss der Verpflichtung zur Anpassungsprüfung und Anpassungsentscheidung ..... 193
7.6.1	Anpassungsgarantie ..... 193
7.6.2	Überschussverwendung zugunsten der laufenden Versorgungsleistungen ..... 194
7.6.3	Beitragszusage mit Mindestleistung ..... 195
7.6.4	Auszahlungsplan ..... 195
7.7	Anpassung bei Versorgungszusagen aus Entgeltumwandlung .. 196
<b>8</b>	<b>Gesetzlicher Insolvenzschutz von Betriebsrenten ..... 199</b>
8.1	Schutzadressaten ..... 199
8.1.1	Versorgungsempfänger ..... 199
8.1.2	Insolvenzschutz von unverfallbaren Versorgungsanswartschaften ..... 199
8.1.3	Versorgungszusagen an Unternehmer ..... 200
8.2	Gesicherte Durchführungswege ..... 200
8.2.1	Direktzusage ..... 200
8.2.2	Unterstützungskasse ..... 200
8.2.3	Versicherungsförmige Versorgungsträger ..... 201
8.2.3.1	Pensionskasse ..... 201
8.2.3.2	Direktversicherung ..... 201

	Seite
8.2.3.3 Pensionsfonds .....	201
8.3 Versicherter Leistungsumfang .....	202
8.3.1 Laufende Versorgungsleistungen .....	202
8.3.2 Unverfallbare Versorgungsanwartschaften .....	202
8.3.2.1 Direktzusage und Unterstützungskasse .....	203
8.3.2.2 Pensionsfonds .....	203
8.3.2.3 Direktversicherung .....	203
8.3.3 Entgeltumwandlung .....	203
8.3.4 Höchstgrenzen des Insolvenzschutzes .....	204
8.3.4.1 Allgemeine Höchstgrenze gemäß § 7 Abs. 3 BetrAVG .....	204
8.3.4.2 Sicherungsbeschränkungen gemäß § 7 Abs. 5 BetrAVG .....	206
8.3.5 Rentenanpassung .....	206
8.4 Sicherungsfall .....	207
8.4.1 Gerichtliche Sicherungsfälle .....	207
8.4.2 Außergerichtliche Sicherungsfälle .....	207
8.4.2.1 Außergerichtlicher Vergleich (§ 7 Abs. 1 Satz 4 Nr. 2 BetrAVG) .....	207
8.4.2.2 Vollständige Beendigung der Betriebstätigkeit .....	208
8.5 Beitragspflichten und Beitragsbemessung .....	208
8.5.1 Schuldner der PSVaG-Beiträge .....	208
8.5.2 Bemessung der PSVaG-Beiträge .....	210
8.5.2.1 Direktzusage .....	211
8.5.2.2 Unterstützungskasse .....	211
8.5.2.3 Direktversicherung .....	211
8.5.2.4 Pensionsfonds .....	211
8.6 Übergang von Forderungen und Vermögen im Sicherungsfall ..	212
8.6.1 Übergang von Forderungen im Sicherungsfall .....	212
8.6.2 Vermögensübergang bei Unterstützungskassen .....	212
8.6.3 Vermögensübergang bei Pensionsfonds .....	213
<b>9 Entgeltumwandlung .....</b>	<b>215</b>
9.1 Entstehungsgeschichte .....	215

	Seite
9.2 Zustandekommen einer Entgeltumwandlung .....	215
9.2.1 Vereinbarung über Herabsetzung zukünftig fälliger Entgeltansprüche .....	216
9.2.2 Die Versorgungszusage auf Leistungen der betrieblichen Altersversorgung .....	217
9.2.3 Gleichwertigkeit zwischen Entgeltansprüchen und Anwartschaften auf betriebliche Altersversorgung.....	218
9.2.3.1 Rechnungszins.....	218
9.2.3.2 Verwaltungskosten .....	219
9.3 Einführung des gesetzlichen Anspruchs auf Entgeltumwandlung .....	220
9.3.1 Ausschluss des Anspruchs wegen einer bereits bestehenden betrieblichen Altersversorgung aus Entgeltumwandlung .....	221
9.3.2 Umsetzung des Anspruchs auf Entgelt- umwandlung durch Vereinbarung .....	221
9.3.3 Umsetzung des Anspruchs auf Entgelt- umwandlung bei Scheitern einer Vereinbarung.....	222
9.3.4 Fortführung der Entgeltumwandlung in Zeiten eines ruhenden Arbeitsverhältnisses .....	222
9.4 Die Rolle der Tarifvertragsparteien im Rahmen der Entgeltumwandlung.....	222
9.4.1 Aufgabe und Kompetenzen der Tarifvertragsparteien .....	222
9.4.2 Geltung des Tarifvertrages .....	223
9.5 Unverfallbarkeit einer Versorgungsanwartschaft aus Entgeltumwandlung.....	224
9.6 Rentenanpassung .....	226
9.7 Entgeltumwandlung bei Alt- und Neuzusage .....	226
9.8 Der gesetzliche Insolvenzschutz für Versorgungszusagen aus Entgeltumwandlung.....	227
9.8.1 Sofortiger gesetzlicher Insolvenzschutz für ab dem 1. 1. 2002 erteilte Versorgungszusagen .....	227

9.8.2	Geltung der allgemeinen Unverfallbarkeits- voraussetzungen für vor dem 1. 1. 2001 erteilte Versorgungszusagen . . . . .	227
9.8.3	Umfang der Insolvenzsicherung . . . . .	228
9.8.3.1	Ab dem 1. 1. 2001 erteilte Versorgungszusagen . . . .	228
9.8.3.2	Vor dem 1. 1. 2001 erteilte Versorgungszusagen . . . .	229
9.9	Abfindung von Versorgungsrechten aus Entgeltumwandlung . .	229
9.10	Übertragung von Versorgungsrechten aus Entgeltumwandlung . . . . .	230
9.11	Übergangsbestimmungen zur Entgeltumwandlung. . . . .	230
9.12	Besondere steuerliche Aspekte bei Entgeltumwandlungs- zusagen . . . . .	234
9.12.1	Rechtzeitiger Abschluss der Vergütungsvereinbarung . . . . .	234
9.12.2	Beibehaltung der Bemessungsgrundlage bei Entgeltumwandlung . . . . .	235
9.12.3	Dotierung der Entgeltumwandlung aus Zeit- Wertguthaben . . . . .	235
9.13	Exkurs: Die steuerliche Förderung nach § 10a, Abschnitt XI EStG im Rahmen der Entgeltumwandlung. . . . .	236
9.13.1	Anspruchsberechtigter Personenkreis . . . . .	236
9.13.2	Spezielle Fördervoraussetzungen für die betriebliche Altersversorgung . . . . .	237
9.13.3	Höhe der Zulagen und Änderung der Besteuerung bei einer Förderung gemäß § 10a, Abschnitt XI EStG . . . . .	238
9.14	Sozialversicherung bei Entgeltumwandlung . . . . .	238
9.14.1	Anwartschaftsphase . . . . .	238
9.14.2	Leistungsbezugsphase . . . . .	239
9.15	Betriebliche Altersversorgung aus Arbeitnehmereigen- beiträgen . . . . .	239
<b>10</b>	<b>Abänderung von Versorgungsregelungen. . . . .</b>	<b>241</b>
10.1	Art der Abänderung . . . . .	241
10.2	Rechtsgrundlage des jeweiligen Versorgungswerks . . . . .	241

	Seite
10.2.1 Einzelzusage .....	242
10.2.2 Individualrechtliche Versorgungsregelungen mit kollektivem Bezug .....	242
10.2.3 Kollektivrechtliche Zusagen .....	242
10.3 Schließung oder Ablösung einer Versorgung auf Grundlage einer Einzelzusage .....	243
10.3.1 Schließung .....	243
10.3.2 Ablösung durch eine neue Regelung .....	243
10.3.2.1 Einvernehmliche Änderung .....	243
10.3.2.2 Jeweiligkeitsklausel .....	243
10.3.2.3 Einseitiger Eingriff wegen Störung der Geschäftsgrundlage .....	244
10.3.2.4 Änderungskündigung .....	245
10.4 Schließung oder Ablösung eines Versorgungswerkes auf Grundlage einer individualrechtlichen Versorgungszusage mit kollektivem Bezug .....	246
10.4.1 Schließung des Versorgungswerks für Neueintritte ..	246
10.4.2 Ablösung des Versorgungswerks durch eine neue Regelung .....	246
10.4.2.1 Jeweiligkeitsklausel .....	246
10.4.2.2 Einseitiger Eingriff des Arbeitgebers wegen Störung der Geschäftsgrundlage .....	247
10.4.3 Ablösung durch Betriebsvereinbarung .....	247
10.4.3.1 Umstrukturierende Betriebsvereinbarung .....	247
10.4.3.2 Verschlechternde Betriebsvereinbarung .....	248
10.5 Schließung oder Ablösung eines auf kollektivrechtlicher Grundlage beruhenden Versorgungswerks .....	249
10.5.1 Schließung des Versorgungswerks für Neueintritte ..	249
10.5.1.1 Schließung durch neue kollektivvertragliche Regelung .....	249
10.5.1.2 Kündigung der bestehenden kollektivvertrag- lichen Regelung .....	249
10.5.2 Ablösung des kollektivrechtlich begründeten Versorgungswerkes .....	250
10.5.2.1 Ablösung der bestehenden kollektiven Regelung ..	250
10.5.2.2 Ablösung über Jeweiligkeitsklausel .....	250

10.5.2.3	Ablösung durch neue kollektivrechtliche Regelung. .	250
10.5.2.4	Ablösung durch Kündigung. . . . .	251
10.5.2.4.1	Kündigung von Betriebsvereinbarungen. . . . .	251
10.5.2.4.2	Kündigung einer Vereinbarung nach Sprecherausschussgesetz. . . . .	252
10.5.2.4.3	Kündigung eines Tarifvertrages. . . . .	252
10.5.3	Inhaltliche Anforderungen an die Ablösung eines kollektivrechtlich begründeten Versorgungswerkes. . . . .	252
10.5.3.1	Auf Betriebsvereinbarung beruhende Ablösungen. .	252
10.5.3.1.1	Erste Besitzstandsstufe. . . . .	253
10.5.3.1.2	Zweite Besitzstandsstufe. . . . .	253
10.5.3.1.3	Dritte Besitzstandsstufe. . . . .	254
10.5.3.2	Abänderung durch Tarifvertrag. . . . .	255
10.6	Ermittlung unverfallbarer Versorgungsanswartschaften nach einer verschlechternden Abänderung des Versorgungswerkes. . . . .	257
10.6.1	Urteil des Landesarbeitsgerichtes Hamburg. . . . .	257
10.6.2	Urteil des Bundesarbeitsgerichtes vom 18. 3. 2003. .	257
10.6.3	Entscheidung des Bundesarbeitsgerichts vom 16. 12. 2003. . . . .	258
<b>11</b>	<b>Die betriebliche Altersversorgung bei Unternehmens- veräußerungen. . . . .</b>	<b>261</b>
11.1	Anwendungsbereich des § 613a BGB. . . . .	261
11.2	Das Grundprinzip des § 613a Abs. 1 BGB. . . . .	261
11.3	Die Fallkonstellationen des § 613a BGB. . . . .	262
11.3.1	Individualrechtliche Veräußerer-Regelung trifft auf fehlende Regelung des Erwerbers. . . . .	262
11.3.2	Kollektivrechtliche Veräußerer-Regelung trifft auf fehlende Regelung des Erwerbers. . . . .	262
11.3.2.1	Regelfall: Transformation der kollektivrechtlichen Regelung in das einzelne Arbeitsverhältnis. . . . .	262
11.3.2.2	Ausnahme: Betriebsidentität. . . . .	263
11.3.3	Fehlende Veräußerer-Regelung trifft auf individual- bzw. kollektivrechtlich geregelte Erwerber-Versorgung. . . . .	264

	Seite
11.3.3.1	Ausschluss übergehender Mitarbeiter von dem Versorgungswerk des Erwerbers ..... 264
11.3.3.2	Aufnahme übergehender Mitarbeiter in das Versorgungswerk des Erwerbers ..... 264
11.3.4	Risiko einer Doppelversorgung bei Kombinationen zwischen individual- und kollektivrechtlichen Versorgungsregelungen ..... 265
11.3.5	Kollektivrechtliche Regelungen bei Veräußerer und Erwerber ..... 266
11.3.5.1	Keine Verdrängung bei Betriebsidentität ..... 266
11.3.5.2	Zusammentreffen kollektivrechtlicher Regelungen unterschiedlicher Ebenen bei Verlust der Betriebsidentität ..... 267
11.3.5.3	Tarifvertragliche Regelungen im Betriebsübergang .. 267
11.3.5.4	Besitzstandswahrung bei Ablösung gemäß § 613a Abs. 1 Satz 3 BGB ..... 268
11.4	Besonderheiten bei unterschiedlichen Durchführungswegen... 269
11.4.1	Unterstützungskasse ..... 270
11.4.2	Direktversicherung ..... 270
11.4.3	Pensionskassen/Pensionsfonds ..... 271
11.5	Finanzierungsaspekte der betrieblichen Altersversorgung beim Unternehmenskauf ..... 271
11.5.1	Direktzusagen und Unterstützungskassenversorgung ..... 271
11.5.2	Durchführung über versicherungsförmige Durchführungswege ..... 272
11.6	Informationspflichten im Rahmen eines Betriebsübergangs und Widerspruchsrecht ..... 272
11.7	Abänderung von Versorgungsregelungen nach einem Betriebsübergang ..... 273
11.8	Betriebsübergang in der Insolvenz ..... 273
11.9	Anwendung des § 613a BGB bei Vorgängen nach dem Umwandlungsgesetz und bei Gesellschafterwechsel ..... 274
11.9.1	Vorgänge nach Umwandlungsgesetz ..... 274
11.9.2	Gesellschafterwechsel ..... 274



	Seite
11.10 Unverfallbar ausgeschiedene Mitarbeiter und Rentner im Betriebsübergang. ....	275
<b>12 Contractual Trust Arrangement im Rahmen der betrieblichen Altersversorgung</b> .....	279
12.1 „Auslagerung“ von Pensionsrückstellungen .....	279
12.1.1 Hintergrund. ....	279
12.1.2 Konzept eines Contractual Trust Arrangement – Bilanzielle Anforderungen .....	281
12.1.3 Ausgestaltung von Treuhandmodellen .....	283
12.1.3.1 Unternehmenseigenes oder überbetriebliches CTA .....	283
12.1.3.2 Eigenständiger Rechtsträger bzw. Treuhänder .....	284
12.1.3.3 Übertragung von Vermögensmitteln mit Zweckbindung .....	284
12.1.3.4 Herstellung einer privatrechtlichen Insolvenzversicherung .....	287
12.2 Aufsichtsrechtliches Umfeld/Kapitalanlage .....	288
12.3 Arbeitsrechtliches Umfeld .....	290
12.4 Steuerrechtliches Umfeld .....	290
12.4.1 Arbeitgeber und Treuhänder .....	290
12.4.1.1 Bilanz .....	290
12.4.1.2 Gewinn- und Verlustrechnung .....	291
12.4.2 Arbeitnehmer/Versorgungsberechtigte .....	292
12.5 Sozialversicherungsrechtliches Umfeld .....	292
12.6 Behandlung bei der gesetzlichen Insolvenzversicherung .....	292
12.7 Kombinationsmodelle .....	293
12.8 Einrichtungsprozess .....	293
12.9 Einbindung des CTA in die Gestaltung eines Versorgungswerks – Fondsgebundene Direktzusage .....	293
12.9.1 Verknüpfung der Versorgungsleistung mit der Wertentwicklung des separierten Vermögens .....	294
12.9.2 Leistungsplangestaltung .....	295
12.9.2.1 Beitragsorientierte Leistungszusage .....	295
12.9.2.2 Garantierte Mindestleistung .....	296

	Seite
12.9.2.3 Schwankungsreserve .....	297
12.9.2.4 Überschusszuweisung .....	298
12.9.2.4.1 Regelmäßige Überprüfung und Zuteilung .....	298
12.9.2.4.2 Ermittlung und Zuweisung von Überschüssen erst bei Eintritt des Versorgungsfalles .....	299
12.9.2.5 Fondsgebundene Direktzusage aus Entgelt- umwandlung .....	300
<b>13 Betriebsrenten im Versorgungsausgleich .....</b>	<b>301</b>
13.1 Entwicklung des Versorgungsausgleichs .....	301
13.1.1 Hintergrund .....	301
13.1.2 Früher geltendes Recht .....	301
13.1.3 Wesentliche Neuerungen im Überblick .....	302
13.2 Bemessungsgrößen des Versorgungsausgleichs .....	304
13.2.1 Auszugleichende Anrechte .....	304
13.2.2 Bestimmung von Ehezeitanteil und Ausgleichswert .....	305
13.2.2.1 Stichtagsprinzip .....	305
13.2.2.2 Bestimmung des Ehezeitanteils .....	306
13.2.2.3 Kapitalwert des Ehezeitanteils .....	310
13.2.2.4 Bestimmung des Ausgleichswerts und des korrespondierenden Kapitalwerts .....	312
13.3 Durchführung des Ausgleichs .....	313
13.3.1 Systematik des Ausgleichs im Überblick .....	313
13.3.2 Vereinbarungen (§§ 6 ff. VersAusglG) .....	314
13.3.2.1 Regelungsinhalt .....	315
13.3.2.2 Formelle Wirksamkeitsvoraussetzungen (§ 7 VersAusglG) .....	315
13.3.2.3 Materielle Wirksamkeitsvoraussetzungen (§ 8 VersAusglG) .....	316
13.3.2.4 Folgen je nach Prüfungsergebnis .....	316
13.3.3 Wertausgleich bei oder nach der Scheidung – Ausgleichsreife .....	316
13.3.4 Wertausgleich bei der Scheidung .....	317
13.3.4.1 Interne Teilung .....	317
13.3.4.1.1 Allgemeine Grundsätze .....	317

	Seite
13.3.4.1.2 Teilungsvarianten. ....	319
13.3.4.1.3 Wahl des rechtlichen Umsetzungsaktes .....	322
13.3.4.1.4 Teilungskosten. ....	323
13.3.4.1.5 Verrechnung nach § 10 Abs. 2 VersAusglG. ....	325
13.3.4.2 Externe Teilung .....	326
13.3.5 Teilung nach der Scheidung .....	329
13.3.5.1 Schuldrechtlicher Ausgleich. ....	329
13.3.5.1.1 Anspruchsvoraussetzungen .....	329
13.3.5.1.2 Bezifferung und Zahlungsweise. ....	330
13.3.5.1.3 Abtretung (§ 21 VersAusglG) .....	331
13.3.5.1.4 Ausgleich von Kapitalzahlungen (§ 22 VersAusglG). ....	332
13.3.5.2 Teilhabe an der Hinterbliebenenversorgung (§§ 25, 26 VersAusglG). ....	332
13.3.5.2.1 Anspruchsvoraussetzungen .....	332
13.3.5.2.2 Anspruchshöhe .....	333
13.3.5.2.3 Keine Doppelbelastung des Versorgungsträgers (§ 25 Abs. 5 VersAusglG). ....	334
13.3.5.2.4 Anspruch gegen die Witwe bzw. den Witwer (§ 26 VersAusglG). ....	334
13.4 Steuerliche Folgen des Versorgungsausgleichs .....	335
13.4.1 Interne Teilung .....	335
13.4.2 Externe Teilung .....	335
13.4.3 (Keine) schädliche Verwendung. ....	336
13.4.4 Schuldrechtlicher Ausgleich. ....	336
13.4.5 Ergänzende BMF-Schreiben. ....	337
13.5 Prozessuales .....	337
13.5.1 Verfahrensrechtliche Besonderheiten .....	337
13.5.2 Gestaltungswirkung des gerichtlichen Beschlusses ..	338
13.5.3 Beispiele für Beschlussformeln. ....	339
13.5.4 Rechtsmittel. ....	340
13.5.4.1 Beschwerdeverfahren beim Oberlandesgericht (§§ 58ff. FamFG) .....	340
13.5.4.2 Rechtsbeschwerde zum BGH (§§ 70ff. FamFG) ...	340
13.5.5 Abänderung von Entscheidungen außerhalb des Rechtsmittelzugs .....	340

	Seite
13.5.5.1 Beschlussberichtigung (§ 42 FamFG) .....	340
13.5.5.2 Keine Anpassung nach Rechtskraft (§§ 32 ff. VersAusglG, §§ 225 ff. FamFG) .....	341
13.5.5.3 Sonstige Abänderungen (§ 227 FamFG) .....	341
13.5.5.4 Abänderung eines öffentlich-rechtlichen Versorgungsausgleichs (§ 51 VersAusglG) .....	341
13.5.5.4.1 §§ 51 Abs. 1 und Abs. 2 VersAusglG .....	342
13.5.5.4.2 § 51 Abs. 3 und Abs. 4 VersAusglG .....	342
13.5.5.4.3 Durchführung .....	342
13.6 Versorgungsausgleichsverfahren – Handlungsbedarf aus Sicht eines Versorgungsträgers .....	343
13.6.1 Vorbereitung .....	343
13.6.2 Ablauf einer Teilung aus Sicht eines Versorgungsträgers .....	343
13.6.3 Die Umsetzung der gerichtlichen Entscheidung ...	344
<b>Anhang</b> .....	347
Gesetz zur Verbesserung der betrieblichen Altersversorgung (Betriebsrentengesetz – BetrAVG) – Auszug .....	349
Steuerliche Förderung der privaten Altersvorsorge und betrieblichen Altersversorgung – BMF-Schreiben vom 31.3.2010 – Auszug .....	375
Literaturverzeichnis .....	411
Stichwortverzeichnis .....	419